

Forschungsgruppe „Humanisierung des Arbeitslebens“

Technokratie statt Reformen

Strukturprobleme in der Forschungsverwaltung Von Irene Raehlmann

Vor sieben Jahren wurde von der Regierungskoalition das Programm „Humanisierung der Arbeitswelt“ gestartet. Mit diesem Projekt sollten auch in der Forschungspolitik innere Reformen eingeleitet werden. Inzwischen ist die sozialwissenschaftliche Begleitforschung in die Kritik geraten. Die Autorin, Professorin an der Fernuniversität Hagen, zieht eine Zwischenbilanz.

In der Großen Anfrage von Opposition und Regierungsparteien sowie der anschließenden Bundestagsdebatte im Mai 1980 hat die Auseinandersetzung um das sozialliberale Forschungsprogramm „Humanisierung des Arbeitslebens“ (HdA) ihren bisherigen Höhepunkt erreicht. Die Kritik von CDU/CSU wird im folgenden Diskussionsbeitrag besonders zugespitzt formuliert: „Bei der sozialwissenschaftlichen Begleitforschung und im soziopolitischen Themenbereich ist der Praxisbezug weitestgehend verlorengegangen. Dieser Forschungsbereich ist überwiegend ideologisch ausgerichtet und häufig auf Systemüberwindung angelegt. (...) Verwaltung und Beratungswesen im HdA-Programm sind personell völlig übersetzt, chaotisch organisiert und vom Ministerium nicht kontrollierbar.“

Die Verbindung dieser Kritikelemente ist nicht zufällig; sie wird hier zum Ausgangspunkt gewählt, um in organisationssoziologischer Perspektive die Strukturprobleme des mit der Programmdurchführung betrauten Projektträgers zu erörtern.

Strukturgestaltung als politisches wie organisatorisches Problem

Der Angriff der Opposition trifft nicht ins Leere. Das Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) hat die Kritik längst antizipiert, indem es schon seit 1978 eine Organisationsveränderung des Projektträgers-HdA betreibt und damit mittelbar auch auf andere Kritikpunkte reagiert. Denn teilt man die Auffassung von Buse und anderen, so ist die Strukturgestaltung der Verwaltung keineswegs ein rein technischer Vorgang, sondern mit den Inhalten politisch-administrativen Handelns unmittelbar verknüpft (Buse 1975, S. 84 f.).

Die Angriffspunkte stehen folglich in einem systematischen Zusammenhang, der sich so skizzieren läßt: Mit der Organisationsstruktur des Projektträgers-HdA steht auch die gesellschaftspolitische Ausrichtung des Humanisierungsprogramms zur Diskussion, da diese ganz wesentlich davon bestimmt wird, in welcher Weise und in welchem

Umfang Sozialwissenschaften an der Programmdurchführung beteiligt werden. Dabei ist die Durchsetzung bestimmter Inhalte der HdA-Forschung besonders abhängig davon, ob es gelingt, das „personell völlig übersetzte“ Beratungswesen, d. h. die erstmalige Beteiligung von Gewerkschaften und Betriebsräten an der Forschungspolitik, zu behaupten.

Mit der Organisationsveränderung des Projektträgers-HdA wird ein kleines Stück realisierter Verwaltungsreform, hier im Bereich der Ministerialverwaltung der Forschungsförderung, wieder rückgängig gemacht. Bei der Gestaltung dieses Projektträgers waren praktische Konsequenzen aus den Vorschlägen der Gruppe Regierungs- und Verwaltungsreform für eine Neustrukturierung des politisch-administrativen Systems gezogen worden (Vgl. Mayntz, Scharpf 1973). Ihre Überlegungen zielten darauf, organisatorische Voraussetzungen für die Durchsetzung der Politik der inneren Reformen zu schaffen (Vgl. Schatz 1978, S. 15).

Der Nachhall dieser vorerst gescheiterten Bemühungen, die Diskussion um „die Überwindung hierarchischer Strukturen“ in Hochschulen und staatlichen Forschungseinrichtungen und nicht zuletzt die reformpolitischen Ziele des HdA-Programms selbst haben zweifellos mit dazu beigetragen, daß sich wenigstens in einem Teilbereich der Forschungsverwaltung eine weitgehend enthierarchisierte Organisationsstruktur etablieren konnte (Forschungsbericht IV 1972, S. 9).

Förderung der Wissenschaften in der Regie des Staates

Vor dem Hintergrund dieses Problemauflasses wird im Kontext sozialliberaler Forschungspolitik die Institution Projektträger vorgestellt und am Beispiel des Projektträgers-HdA konkretisiert, wobei insbesondere auf die von anderen Projektträgern unterschiedene Organisationsstruktur abgehoben wird. Anschließend wird den Gründen für das Scheitern dieses Stückchens Verwaltungsreform nachgegangen.

Da die Einrichtung von Projektträgern im Zusammenhang mit der Forschungspolitik der sozialliberalen Koalition steht, sind ihre zentralen Tendenzen zunächst zu skizzieren.

Die staatliche Förderung industrieller Forschung und Entwicklung in kapitalistisch organisierten Gesellschaften ist nicht neu; sie setzt bereits Ende des letzten Jahrhunderts ein. Die Produktivkraft Wissenschaft wird in dem Augenblick in staatliche Regie genommen, da die wirtschaftliche Entwicklung „einen Stand erreicht hatte, angesichts dessen es nicht mehr ausreichte, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt den Zufälligkeiten spontaner Forscher- und Erfindertätigkeit zu überlassen, die fallweise ökonomisch verwertet werden konnte“ (Hirsch 1971, S. 31).

Mit der ersten Rezession der Nachkriegs-

zeit 1966/67 gerät auch die Forschungspolitik in eine Krise. Schlagartig wird das Fehlen wirksamer Strategien zur Vorhersage und Steuerung gesellschaftlich-wirtschaftlicher Entwicklung deutlich. Der Zwang, eine planmäßige Struktur- und Wachstumspolitik aufzubauen, führt zu einer verstärkten Forschungsförderung von Technik, Wissenschaft und Bildung. Dabei resultiert die Notwendigkeit, insbesondere den technischen Fortschritt zu fördern, wesentlich aus zwei Umständen: Technischer Fortschritt wird dann besonders wichtig, wenn erstens eine Zunahme der erwerbstätigen Bevölkerung nicht mehr zu erwarten ist und daher Wirtschaftswachstum nur über eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität erzielt werden kann, und wenn zweitens bei Dominanz oligopolistischer und monopolistischer Marktformen technologische Neuerungen ein spezifisches Mittel sind, nationale und internationale Konkurrenzfähigkeit zu erhalten (Vgl. Hirsch S. 69).

Die Technologiepolitik gewinnt an gesellschaftlicher Relevanz

In ihrer Regierungserklärung 1969 hat die Bundesregierung auch in der Forschungspolitik Reformen in Aussicht gestellt. In der Praxis enthüllen sich diese als Kontinuität und partieller Wandel bisheriger Schwerpunkte. Mit dem Schlagwort von der „Modernisierung der Volkswirtschaft“ wird eine Orientierung beibehalten, die auf Steigerung und Sicherung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit im internationalen Wettbewerb zielt. Verstärkt wird die Förderung „Neuer Technologien“ im Bereich der Produktions- und Fertigungstechnik sowie der Informationstechnologien in Angriff genommen. Über diese Schlüsseltechnologien für industrielle Innovationen sollen Spitzenpositionen auf dem Weltmarkt behauptet und aufgebaut werden (Vgl. Forschungsbericht IV 1972, S. 53).

Neu aufgenommen wird das Ziel, Forschungspolitik „am gesellschaftlichen Bedarf zu orientieren“, um so zur qualitativen Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen beizutragen. Diese Orientierung hängt mit der zuerst genannten insofern zusammen, als es zunehmend darum geht, „unerwünschte Auswirkungen des technischen Wandels zu vermeiden“. Damit wird eingestanden, daß die sich aufräuhenden sozialen Probleme die optimistische Deutung dieses Wandels in den sechziger Jahren verbannt haben.

Im Rahmen dieser, negative Folgen technischer Veränderungen auffangenden Politik kann auf Sozialwissenschaften nicht länger verzichtet werden. Mit ihrer verstärkten Förderung verbindet sich die Hoffnung, daß sie in der Rolle eines „sozialen Frühwarnsystems“ ihre politische Nützlichkeit beweisen und „gesellschaftliche Entwicklungen und Alternativen sowie die Notwendigkeit von

Entscheidungen aufzeigen“ wird, „bevor strukturelle Ungleichgewichte zu Schäden führen“.

In dem Maße, wie sich – angesichts der krisenhaften Wirtschaftsentwicklung seit 1974/75 – die Vorstellungen der sozialliberalen Koalition, auf der Basis eines gesicherten Wirtschaftswachstums Reformpolitik betreiben zu können, als illusionär erwiesen, tritt die skizzierte technokratische Politik immer deutlicher hervor. Die kurzlebige Verbindung von Reform- und Forschungspolitik wird wieder aufgekündigt: Forschungspolitik hat sich verstärkt an den ökonomischen Notwendigkeiten zu orientieren, das heißt, Technologiepolitik wird zum Instrument von Strukturpolitik.

Auch die Sozialwissenschaften haben sich diesen Ansprüchen zu beugen, indem sie ihren gesellschaftskritischen Vorstellungen abschwören und sich der Forderung nach bloßer sozialtechnologischer Verwertbarkeit unterwerfen: So sollen die Sozialwissenschaften in Sozialtechnologie aufgehen (Vgl. Bergmann 1980, S. 14).

Diese zunehmende gesellschaftliche Relevanz von Forschungspolitik spiegelt sich in der Entwicklung der Ausgaben des BMFT wider. So haben sich in den letzten zehn Jahren die Mittel von ca. 1,8 auf ca. 5,4 Milliarden DM mehr als verdoppelt (Vgl. Forschungsberichte IV bis VI). Obwohl die Sozialwissenschaften von dieser Steigerung erheblich profitiert haben, hat sich jedoch der Abstand herkömmlicher Förderbereiche zu jenen, die zur qualitativen Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen beitragen könnten, nicht verringert (Vgl. Bruder 1980, S. 19 ff, Bergmann 1980, Marquardt 1975, S. 108 ff). Darin manifestiert sich die Kontinuität bisheriger Forschungspolitik. Sie wird besonders deutlich in dem Förderbereich, wo sich Forschungspolitik stets als Reformpolitik legitimiert: Das Aktionsprogramm HdA konnte bisher seine Mittel kaum über ein Prozent der gesamten Ausgaben des BMFT steigern.

Projektträger als Instrument der Forschungspolitik

Den Anstoß zur Einrichtung von Projektträgern gaben Bemühungen der sozialliberalen Koalition, auch die Organisation der Forschungsförderung zu verbessern (Vgl. Forschungsbericht IV, 1972, S. 91). Solche Anstrengungen waren unaufschiebbar, weil die Personalkapazität der Forschungsverwaltung nicht länger ausreichte, die in quantitativer und qualitativer Hinsicht gewachsenen Aufgaben zu bewältigen. So hatte sich der Personalbestand des BMFT von 1969 bis 1975 nur um 20 Prozent erhöht, während die Ausgaben um 120 Prozent gestiegen waren (Vgl. Borst 1976, S. 14 ff). Außerdem wies die Personalstruktur Ungleichgewichte auf: Die Juristen und Naturwissenschaftler/Ingenieure sind am stärksten, die Sozialwissenschaftler einschließlich der Ökonomen, besonders in den oberen Rängen, relativ gering vertreten (Vgl. Schmitz u. a. 1976, S. 175).

Diesem doppelten Dilemma versuchte das BMFT mit der Einrichtung von Projektträgern zu entkommen. Dabei handelt es sich zugleich um eine Rationalisierungsstrategie, denn gegenüber einer personellen Erweiterung des BMFT war der eingeschlagene Weg

die wirtschaftlichere Lösung, weil Projektträger, in der Regel mit Zeitpersonal ausgestattet, eine flexible Anpassung an veränderte Aufgaben, d. h. Forschungsprogramme, ermöglichen (Vgl. Seboldt 1978, S. 33).

„Grundsätze zur Einschaltung von Projektträgern bei der Durchführung von Förderungsmaßnahmen“ wurden im Sommer 1973 im BMFT entwickelt. Die Funktion dieser Einrichtungen, die selber nicht forschen, sondern Aufgaben des Förderungsmanagements wahrnehmen, also Teil staatlicher Forschungsverwaltung sind, läßt sich so beschreiben: „Projektträger übernehmen für das BMFT die Vorbereitung und Abwicklung der Förderung von Projekten und Teilprogrammen in wissenschaftlich-technischer und verwaltungsmäßiger Hinsicht. Im Rahmen allgemeiner Richtlinien und gegebenenfalls besonderer Weisungen sind die Projektträger ermächtigt, im Namen und für Rechnung des BMFT die zur Durchführung der Aufgabe notwendigen Rechtshandlungen vorzunehmen. Die Förderungsentscheidung, d. h. die Entscheidung, wer, in welcher Höhe eine Zuwendung erhalten soll, wird jedoch im Ministerium getroffen“ (Technologie-nachrichten 1974, S. 2).

Überaus erfolgreich: Forschungsförderung über Projektträger

Projektträger sollen das Ministerium nicht nur entlasten, sondern die Forschungsförderung insgesamt effizienter machen. Dazu soll vor allem der hohe Sachverstand und das begrenzte Aufgabenfeld der Projektträger beitragen. All diese Momente zusammen eröffnen Möglichkeiten, die in einem Ministerium so nicht gegeben sind:

- „die Fördervorhaben mit besonderer Intensität fachlich zu bearbeiten;
- sie zu evaluieren, aufeinander abzustimmen, in ihrem Verlauf zu beobachten und zu beeinflussen sowie abschließend zu bewerten;
- die Forschungs- und Entwicklungsstellen, soweit das im Sinn der Förderungsvorhaben geboten ist, mit besonderer Intensität zu betreuen – von der Antragstellung bis hin zur Verwertung der Forschungs- und Entwicklungsergebnisse“ (Borst 1976, S. 16).

Als geeignete Projektträger bieten sich Großforschungseinrichtungen an. Bei diesen ist im Bereich der Natur- und Ingenieurwissenschaften ausgeprägte fachliche Kompetenz vorhanden, die je nach Bedarf um weitere, vor allem sozialwissenschaftliche, ergänzt werden kann (Vgl. Forschungsbericht VI 1979, S. 294). Die Gesamtkosten für Projektträger bleiben günstig, weil die Infrastruktur dieser Organisation mit genutzt wird. Indiz für die erreichte politisch-administrative Bedeutung ist, daß bereits 1977 „mindestens jede zweite Förderung“ über Projektträger lief (Borst 1976, S. 14).

Das Aktionsprogramm HdA, im Mai 1974 der Öffentlichkeit vorgestellt, wird von den Bundesministerien für Arbeit und Sozialordnung (BMA) und für Forschung und Technologie gemeinsam durchgeführt. Die erläuterten Strategien sozialliberaler Forschungspolitik gelten auch für das HdA-Programm. Dieses soll, zusammen mit anderen gesellschaftspolitischen Aktivitäten – z. B. Betriebsverfassungsgesetz (1972), Arbeitssicherheitsgesetz

(1973), Mitbestimmungsgesetz (1976) – das Netz sozialer Sicherung und des Schutzes der Arbeitskraft ergänzen und so zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen beitragen. Gleichzeitig sollen die Produktivkräfte, also Arbeit, Technik und Wissenschaft, weiterentwickelt werden, um die „Modernisierung der Volkswirtschaft“ voranzutreiben.

Aus dieser Doppelstrategie resultiert eine Ambivalenz der HdA-Politik, die in der gesellschaftlichen Interessenaueinandersetzung der Bundesrepublik als Spannung zwischen Humanisierung und Rationalisierung diskutiert wird. Orientiert an diesen Vorstellungen werden die Ziele des HdA-Programms so beschrieben:

- „Erarbeitung von Schutzdaten, Richtwerten, Mindestanforderungen an Maschinen, Anlagen und Arbeitsstätten,
- Entwicklung von menschengerechten Arbeitstechnologien,
- Erarbeitung von beispielhaften Vorschlägen und Modellen für die Arbeitsorganisation und die Gestaltung von Arbeitsplätzen,
- Verbreitung und Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Betriebserfahrungen“ (Forschungsbericht V 1975, S. 33 ff).

Für die Realisierung des ersten Zieles ist das BMA zuständig; für die letzten drei das BMFT. Dieses hat seine Programmteile in fünf Aktionsrichtungen weiter differenziert: Verbesserung der Arbeitsqualität, Abbau von Über- und Unterbeanspruchung, Erhöhung der Arbeitssicherheit, Verminderung negativer Wechselbeziehungen zwischen Arbeitswelt und anderen Lebensbereichen, Entwicklung übergreifender Strategien der Humanisierung des Arbeitslebens (Vgl. BMFT 1976).

Mit der Durchführung des Forschungsprogramms hat das BMFT den Projektträger-HdA betraut, dem bis Mitte 1979 auch die Abwicklung des Programms „Produktions- und Fertigungstechnik“ oblag. Dieser Projektträger ist eine selbständige Organisationseinheit in der Großforschungseinrichtung Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt e. V. (DFVLR), er soll Förderungsentscheidungen des BMFT vorbereiten und das Ministerium bei der Weiterentwicklung des Programms unterstützen.

Das einzige Gruppenmodell im Bereich der Projektträger

Um diese Aufgaben möglichst optimal erfüllen zu können, ist der Projektträger-HdA in ein System wissenschaftlich-technischer Beratung eingebettet, das ihm über seinen internen interdisziplinären Sachverstand hinaus ermöglicht, externe Kenntnisse über den aktuellen Stand der Wissenschaft zu erschließen. Ferner werden mit der erstmaligen und bisher einmaligen Beteiligung von Vertretern der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände an der Forschungspolitik, d. h. am BMFT-Beratungssystem, die unterschiedlichen Interessen und spezifischen Probleme der Tarifvertragsparteien berücksichtigt (Vgl. Projektträger-HdA, 1977, S. 17 f).

Das bis zum September 1980 praktizierte Organisationsmodell des Projektträgers-HdA sieht wie folgt aus: In vier interdisziplinär zusammengesetzten Arbeitsgruppen werden

Förderungsvorhaben von der Antragstellung bis zum Abschluß betreut. Orientiert an dem Ziel der menschengerechten Gestaltung von Arbeitsbedingungen bearbeitet die Arbeitsgruppe 1 Vorhaben im Bereich von Produktion, Verwaltung und Dienstleistung, die Strukturierungsmaßnahmen zur Arbeitsorganisation vorsehen; die Arbeitsgruppe 2 widmet sich Vorhaben, die Maßnahmen zur Gestaltung der Arbeitsmittel, der Arbeitsplätze, der Arbeitsumgebung beinhalten, die Arbeitsgruppe 3 betreut solche Vorhaben, die sich mit Arbeitstechnologien befassen; die Arbeitsgruppe 4 konzentriert sich auf Vorhaben, die sich mit Aktivitäten zur Verbreitung und Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Betriebserfahrungen sowie mit sozialwissenschaftlicher Grundlagenforschung befassen.

Liegt bei diesen vier Arbeitsgruppen die wissenschaftliche Betreuung der Vorhaben, so in der Projektadministration die betriebswirtschaftliche und die rechtliche. Aufgabe der Leitung ist, den Projektträger zu steuern, nach außen zu vertreten, die Tätigkeit der Gruppen und Administration zu koordinieren. Um diese notwendige Koordinationsfunktion der Leitung zu gewährleisten, wählen die Arbeitsgruppen einen Koordinator, der der Leitung vorgeschlagen und von dieser auf ein Jahr ernannt wird. Dieses Organisationsmodell, ohne Abteilungsleiterstruktur auskommend, ist eine Ausnahme im gesamten Bereich der Projektträger.

Mag der Nachhall des reformpolitischen Klimas entscheidend für die Durchsetzung des Organisationsmodells im Jahre 1975 gewesen sein, so sprechen für seine Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung allein schon Gründe, die sich aus der spezifischen Aufgabenstellung des Projektträgers-HdA herleiten. Darauf hebt auch eine Stellungnahme der gewerkschaftlichen Betriebsgruppe ab (Vgl. Stellungnahme der ÖTV-Gruppe 1980). Darin wird die Interdisziplinarität der Aufgaben betont, zu deren Erfüllung Dispositionsspielräume und vielfältige Kooperationsmöglichkeiten Voraussetzung sind. Solche Arbeitsbedingungen garantiert nur ein Gruppenmodell. Diese Argumentation wird gestützt, was noch zu zeigen ist, vom aktuellen Wissensstand organisationssoziologischer Forschung.

Größere wissenschaftliche Effizienz durch demokratische Organisation

Mayntz reduziert die Vielfalt von Organisationsmodellen auf zwei polare Grenztypen: „Es gibt, so groß die Vielfalt struktureller Formen großer und zweckgerichteter Sozialgebilde auch sein mag, letztlich nur eine kleine Zahl organisatorischer Grundmodelle, wobei der Gegensatz zwischen genossenschaftlich-demokratischen und dem hierarchisch-monokratischen besonders auffällig ist.“ (Mayntz 1968, S. 13).

Das hierarchisch-monokratische Modell zeichnet sich durch die Merkmale hoher Zentralisation, Formalisierung und Stratifikation aus. Seine prominenten Vertreter, M. Weber (Theorie der Bürokratie) und T.W. Taylor (Theorie der wissenschaftlichen Betriebsführung), gingen davon aus, daß die Anwendung eines solchen Systems organisatorischer Handlungsmaximen und Regeln größte Effizienz gewährleistet. Seine behauptete Ratio-

nalität wurde zunehmend bezweifelt. So konnten empirische Untersuchungen vielfach zeigen, daß dieses Organisationsmodell nur unter bestimmten Bedingungen optimal ist, so bei gleichförmigen Aufgaben und bei stabilen Umweltverhältnissen (Vgl. Staehle 1973). Bei ungleichförmigen Aufgaben, also bei solchen, die nicht ständig wiederkehren und zudem soziales Geschick und soziale Fähigkeiten verlangen, sowie bei instabilen, also dynamischen und darüber hinaus komplexen Umweltverhältnissen, ist das genossenschaftlich-demokratische Organisationsmodell mit geringer Zentralisation, Formalisierung und Stratifikation als struktureller Rahmen für die Aufgabenbewältigung geeignet.

Diese Merkmale sind typisch für die Arbeit des Projektträgers-HdA: Die Aufgaben der wissenschaftlichen Mitarbeiter – Akquisition von Projekten, Beratung von Interessenten bei der Konzipierung von Vorhaben, fachliche Prüfung von Forschungsanträgen, laufende Erfolgskontrolle der Vorhaben – sind neben dem bereits genannten Merkmal Interdisziplinarität Indiz für eine ungleichförmige Aufgabenstruktur. Insofern die wissenschaftlichen Mitarbeiter ihre Arbeit permanent nach außen legitimieren müssen, zum Beispiel vor dem zuständigen BMFT-Referat, vor dem jeweiligen Sachverständigenkreis sowie den Forschungsgruppen und Betrieben, ist ihre Tätigkeit in eine Umwelt eingebunden, die als komplex und dynamisch zu bezeichnen ist.

Statt weiterer Kooperation zurück zur Hierarchie

Aus diesen Ergebnissen der Organisationsforschung zog bereits die Projektgruppe Regierungs- und Verwaltungsreform Anfang der siebziger Jahre praktische Konsequenzen, als sie für die Politik der inneren Reformen den „Abbau hierarchischer Strukturen innerhalb des politisch-administrativen Systems“ forderte, und zwar im Interesse einer „Politisierung“ des regierungs- und verwaltungsinternen Entscheidungsprozesses mit dem Ziel, die bürokratisch-routinemäßige, innovationsfeindliche Zielfindung und -verwirklichung zu durchbrechen“ (Schatz 1973, S. 62).

Konnte die Projektgruppe schon wegen der Verschlechterung des Reformklimas ihre Vorstellungen nicht durchsetzen, so erklären vergleichbare Tendenzen, warum es der Belegschaft des Projektträgers auf Dauer kaum gelingen konnte, das bisherige Organisationsmodell zu verteidigen. Das, obwohl die gewerkschaftliche Betriebsgruppe umfassende Vorschläge zu seiner Reform entwickelte, zum Beispiel für die Verbesserung der verwaltungsmäßigen Abwicklung der Projekte – ein Schwachpunkt des Projektträgers-HdA, in der Öffentlichkeit jedoch als genereller Ineffizienzvorwurf hochstilisiert (Vgl. Plenarprotokoll 1980, S. 17442). Das Organisationsmodell wurde mit der Abberufung der Koordinatoren und mit der Einsetzung von Abteilungsleitern am 1. September 1980 liquidiert.

Die organisatorische Rückentwicklung bringt in doppelter Hinsicht Veränderungen: Mit der Weisungsbefugnis der Abteilungsleiter gegenüber den Mitarbeitern wird die Kontrollspanne verringert und damit die Kontrollmöglichkeit vergrößert. Dazu dient auch, daß die Entscheidungskompetenz – bisher

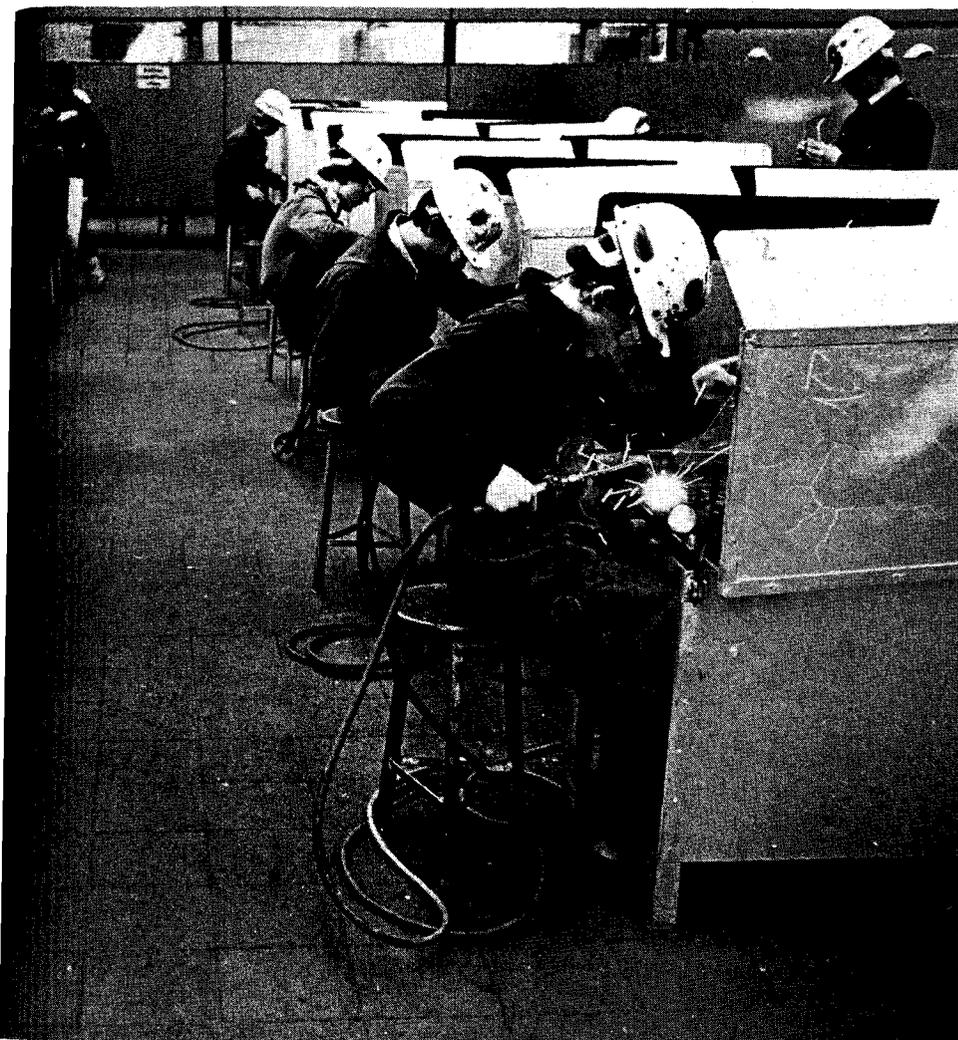


Foto: Manfred Vollmer

dort gegeben, wo die Fachkenntnis und das Informationsniveau am höchsten sind, das heißt beim wissenschaftlichen Mitarbeiter – auf den Abteilungsleiter tendenziell übertragen wird. Das gleiche gilt für Konzeptualisierung, Bilanzierung, Verbreitung und Umsetzung im Rahmen des Programms; bisher ebenfalls ein qualifizierendes Tätigkeitselement der wissenschaftlichen Mitarbeiter.

Die Organisationsforschung hat nachgewiesen, daß die Effizienz hierarchisch-monokratischer Organisationen nicht unter allen Umständen gegeben ist. In einer Fülle empirischer Untersuchungen gelang es, gleichermaßen für Arbeitsorganisation in Industrie und Verwaltung, aufzuzeigen, daß bei bestimmten Arbeitsaufgaben, bei einer spezifischen Beschaffenheit von Organisationsumwelt sowie Produktionstechnologie eine genossenschaftlich-demokratische Strukturgestaltung für die Zielerreichung optimal ist. Obwohl damit die Legitimationsbasis hierarchischer Strukturen unterhöhlt ist, erstaunt, wie wenig Beispiele es für eine dauerhafte und nicht nur kurzlebige Verwirklichung kooperativer Organisationen gibt. Diese Diskrepanz ist nun mit dem Ziel zu klären, einen theoretischen Rahmen für die weitere Erörterung zu gewinnen.

Das Problem spitzt sich auf die Frage zu: Was sperrt sich gegen kooperative Organisationsgestaltung? Die gesellschaftlichen Barrieren sind, wenn auch noch recht vage, mit den Begriffen Herrschaft, Macht, Kontrolle faßbar; Begriffe, welche nicht zu den zentra-



Trotz kontroverser Diskussion: Eine qualifizierte Berufsausbildung bleibt wichtig

len in der Organisationsforschung gehören. Vielmehr dominieren Untersuchungsansätze, die vom historischen Charakter und von der gesellschaftlichen Bedingtheit der zu untersuchenden Phänomene abstrahieren. Infolgedessen haben die genannten Kategorien keine forschungsleitende Bedeutung (Vgl. Büschges 1976, Funke 1978).

Dieses gesellschaftstheoretische Defizit hat ein weiteres zur Konsequenz. Im Rahmen solcher Untersuchungskonzepte erscheint Organisationsentwicklung als bloße „zwischenmenschliche Strategie“, das heißt in einem vermeintlich herrschaftsfreien und nicht von Interessengegensätzen strukturierten gesellschaftlichen Feld, wo um die Aufrechterhaltung des Status quo gestritten wird (French, Bell 1977, S. 223).

Diese entproblematisierende Sicht impliziert, daß Gegenmachtstrategien zur Durchsetzung genossenschaftlich-demokratischer Organisationsmodelle kein wissenschaftlich relevantes Thema sind. So bleibt die Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis letztlich unbegriffen. Der Widerspruch löst sich erst auf, wenn historisch-gesellschaftliche Perspektiven in die Organisationsforschung eingehen.

Dieses Ergebnis bedeutet, daß die Organisationsveränderung des Projektträgers-HdA nur im Kontext sozio-politischer Macht- und Herrschaftsverhältnisse der Bundesrepublik zu erklären ist.

Die Absicht des BMFT, das Organisationsmodell des Projektträgers-HdA zu beseitigen,

steht im Zusammenhang mit dem strukturellen Dilemma sozialliberaler Reformpolitik (Vgl. Perabo 1979, S. 170 und S. 181 f). Diese ist gezwungen, negative Folgeprobleme zu vermeiden und solche zu befördern, die die Koalitionspolitik unterstützen. Für die Humanisierungspolitik lassen sich mögliche negative Konsequenzen so skizzieren: In der politischen Willenserklärung, mehr Arbeits- und Lebensqualität verwirklichen zu wollen, sind neue Bedürfnisse angesprochen und legitimiert worden, die die Basis für weitergehende Forderungen an den Staat abgeben können, die dieser jedoch nicht ohne Störung des ökonomischen Prozesses erfüllen kann.

Aus diesem Grunde sieht sich staatliche Politik gezwungen, die Ambivalenz unter Kontrolle zu bringen, um sie dadurch zu reduzieren. Diese Kontrolle hat bereits bei der Programmformulierung von HdA in der „Überantizipation ökonomischer Interessen“ stattgefunden mit der Folge, daß solche Probleme unzureichend berücksichtigt wurden, die nur mit Hilfe der Sozialwissenschaften zu lösen sind (Bruder 1973, S. 118, vgl. Ahrweiler, Schellhase 1980).

Kontrolle aber ist kein einmaliges, sondern ein permanentes und zugleich komplexes Problem. Sie kann den Projektträger nicht aussparen. Auf unzureichende Möglichkeiten seiner Kontrolle wird auch in der Bundestagsdebatte verwiesen. Angesprochen wird diese Schwierigkeit auch aus dem Ministerium selbst: Bei der bisher insgesamt positiven Erfahrung mit diesen Einrichtungen wer-

den mögliche Gefahrenpunkte, vor allem bei politisch brisanten Programmen, nicht übersehen (Vgl. Borst 1976, S. 12). So ist die Steuerbarkeit durch das BMFT in Frage gestellt, falls „selbstbewußte Projektträger“ versuchen, „eine dem Zweck nicht dienliche Eigendynamik zu entfalten“ (Ebenda S. 17). Folglich erstaunt nicht, wenn Fachreferate des BMFT „mit aus förderungspolitischer Sicht besonders sensiblen Aufgabengebieten (...) die Vollmachten der Projektträger in engen Grenzen zu halten (wünschen), um auch in Detailfragen jederzeit unmittelbar eingreifen zu können“ (Seboldt 1978, S. 12).

Diese forschungspolitische Brisanz ist für das HdA-Programm ganz eindeutig gegeben. Von daher erklärt sich die Absicht, Möglichkeiten weitreichender Kontrolle zu verankern. Die Errichtung einer Abteilungsleiter-ebene im Projektträger-HdA soll diesem Ziel dienen.

Die Verringerung der Kontrollspanne soll helfen, die gesellschaftspolitische Sprengkraft des HdA-Programms so im Griff zu behalten, daß die Kritik von Opposition und gesellschaftlich wichtigen Gruppen zumindest entschärft wird. Solche Hoffnungen sind nicht ganz unbegründet. Denn in hierarchisch-monokratischen Organisationen setzt sich eine Form der Kontrolle durch, die die „gehorsame Befolgung von Regeln oder Anweisungen (ge)prüft; sie ist insofern Herrschaftsmittel“ (Mayntz 1973, S. 101). Eine solche Richtigkeitskontrolle erschwert eine Leistungskontrolle.

Auf die inhaltlichen Konsequenzen der Strukturveränderung weist auch frühzeitig eine gewerkschaftliche Stellungnahme hin: „Notwendig ist“ für den Projektträger-HdA „eine Struktur, die in die Lage versetzt, konzeptionell tätig zu werden. Ohne eigene Konzeption wird dieser Projektträger immer nur als Anhängsel unternehmerischer Interessen wirksam werden können, was bei anderen BMFT-Programmen ohnehin fast typisch ist“ (Janzen 1979, S. 6, vgl. Pöhler 1980).

Sozialwissenschaftliche Begleitforschung im Brennpunkt der Kritik

Die organisatorische Rückentwicklung beschert dem Projektträger-HdA einen strukturellen Konservatismus, wie er nach der vorerst gescheiterten Regierungs- und Verwaltungsreform für das politisch-administrative System weiterhin typisch ist. Der status quo wird stabilisiert, weil solche Strukturen „eine fast unverzerrte Funktion der bestehenden gesellschaftlichen Interessen- und Machtverteilung“ sind (Schatz 1978, S. 12).

Über diese Organisationsveränderung hinaus zeigen sich bereits weitere Tendenzen, die auf eine Eindämmung der reformerischen Aspekte des HdA-Programms schließen lassen. Der Hintergrund wird erst plausibel, wenn die Brisanz dieses Politikbereichs noch deutlicher herausgearbeitet wird.

Derzeitiger Gegenstand der politischen Auseinandersetzung sind die Sozialwissenschaften, insbesondere die sozialwissenschaftliche Begleitforschung. Angesichts ihres geringen Anteils am HdA-Programm – 5,8 von insgesamt 78,0 Millionen DM im Jahre 1978 – irritiert zunächst die massive Kritik (Pöhler 1979, S. 12, vgl. Kador 1978, S. 954 ff, Der Arbeitgeber 1979). Eine Argumentation,

welche die politische Brisanz des HdA-Programms allein schon auf die Beteiligung der Sozialwissenschaften zurückführt, enthält zweifellos einen richtigen Kern.

So produzieren sozialwissenschaftliche Analysen aus sich heraus ambivalente Wirkungen: Sie „versprechen einerseits Ressourcen für technokratisches ‚social engineering‘, sie tendieren aber andererseits zu einer Erhöhung der Komplexität der Handlungsprobleme und erhöhen so die Notwendigkeit, auf demokratische, konsensuelle Entscheidungsprozesse zurückzugehen. In diesen Funktionen erreichen sie schnell die Grenzen der sozialwissenschaftlichen Aufnahmefähigkeit des politischen Systems“ (Van den Daele, Weingart 1976, S. 137).

Für das HdA-Programm ist eine solche Argumentation um einen weiteren Hinweis zu ergänzen: Die Handlungswirksamkeit von Wissen setzt nicht nur Verfügbarkeit über entsprechendes Wissen voraus, sondern ebenfalls gesellschaftliche Machtverfügung, die erst ermöglicht, das Wissen handlungswirksam umzusetzen (Vgl. Rölke 1979, S. 224).

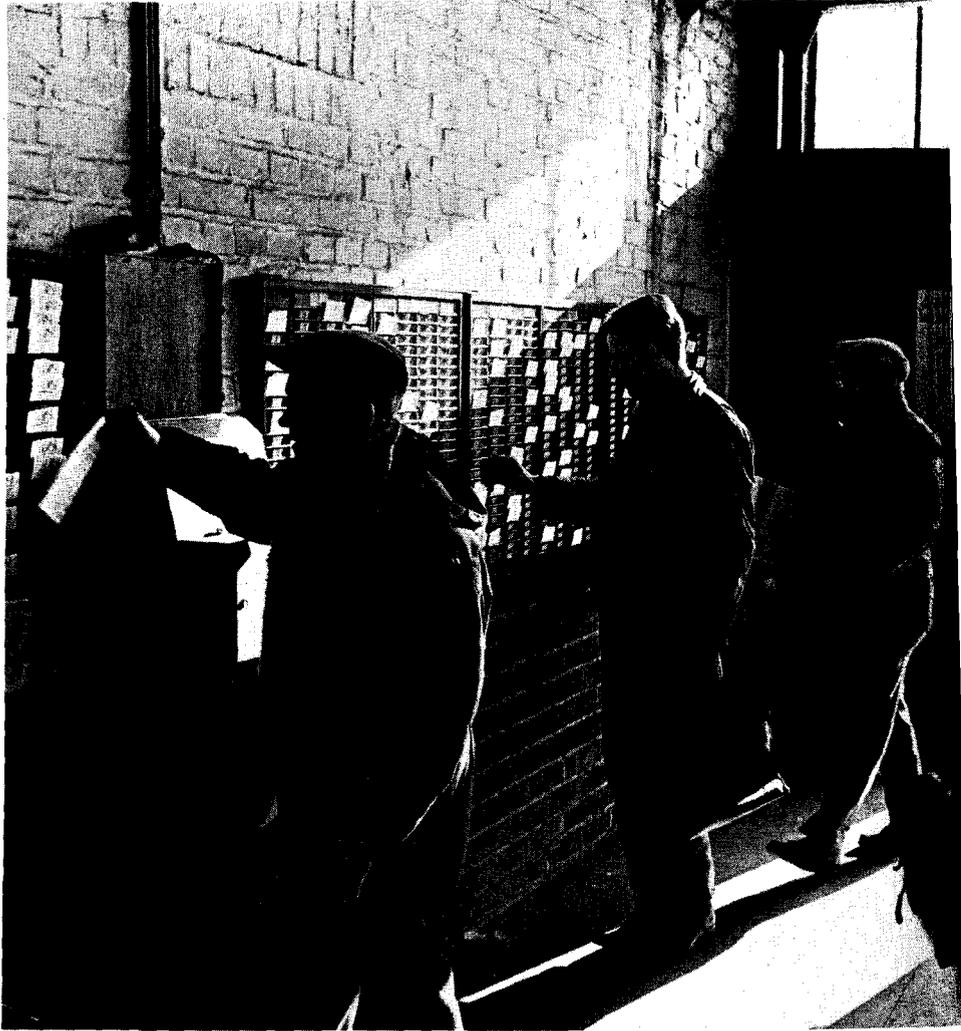
Die Gewerkschaften müssen weiterhin beteiligt bleiben

Daß die Sozialwissenschaften in den Brennpunkt der Kritik geraten, hängt daher mit bestimmten wissenschaftsexternen, also machtpolitischen Konstellationen zusammen: Verstehen sich Sozialwissenschaften nicht als Sozialtechnologie, sondern als „Element von Reformpolitik“, so geraten sie in dem Maße ins Zentrum politischer Kontroversen, wie es ihnen gleichzeitig gelingt, in den Gewerkschaften einen gesellschaftlichen Träger für einen solchen sozialkritischen Anspruch auszumachen, auf den jedoch die politischen Parteien, vor allem die SPD, spezifische Rücksichten zu nehmen haben (Bergmann 1980, S. 13).

Der Hebel, um die gesellschaftspolitische Ambivalenz des HdA-Programms zu kontrollieren, setzt derzeit schwerpunktmäßig bei den Sozialwissenschaften an und nicht bei den beteiligten Gewerkschaften, die erst aufgrund ihres Machtpotentials die Realisierung der reformpolitischen Inhalte vorantreiben könnten. Immerhin ist es ihnen zu verdanken, daß sozialwissenschaftliche Forschung überhaupt im HdA-Programm verankert wurde (Vgl. Ahrweiler, Schellhase 1980, Bergmann 1980). Auf sie kann auch in Zukunft nicht verzichtet werden, wenn es den Gewerkschaften gelingt, ihre Forderung nach einer sozialorientierten Technologiepolitik durchzusetzen (Vgl. Janzen 1980, S. 2 ff).

Rationalisierung der Produktion statt Humanisierung der Arbeit?

Einer solchen Politik geht es nicht nur darum, die sozialen Folgen von Technologieentwicklung abzuschätzen. Diese Politik versucht darüber hinaus „auf die Gestaltungsräume, die in einer solchen technologischen Entwicklung zweifellos liegen, einzuwirken und alternative Technikentwicklungen, die möglich sind, mit alternativen Arbeitsorganisationen voranzutreiben“ (Naschold 1980, S. 6). Diese Politik, gerichtet auf eine Verbesserung der betrieblichen und außerbetrieblichen Lebenswelt, beinhaltet,



Die Mitbestimmung gilt ihnen als unverzichtbar: Metallarbeiter beim Schichtwechsel

drohende und bereits eingetretene Gefährdungen der Arbeitnehmer in den Bereichen Beschäftigung, Einkommens-, Qualifikations- und Belastungsentwicklung in der Forschung zu thematisieren. So grundlegend ansetzende und weit gespannte Forschungsthemen würden erst die gesellschaftspolitische Sprengkraft des HdA-Programms voll sichtbar werden lassen und damit die sozialen Probleme dieses Jahrzehnts. Insofern muß die derzeitige Rücksichtnahme auf die Gewerkschaften nicht von Dauer sein.

Eine Zuspitzung der wirtschaftlich-politischen Situation könnte sehr wohl dazu führen, den Hebel für die Kontrolle des HdA-Programms auch bei den Gewerkschaften anzusetzen. Das würde bedeuten, die sowieso strittige Beteiligung von Gewerkschaften und Betriebsräten tendenziell wieder zurückzunehmen. Dabei wird es sich, zumindest unter Bedingungen sozialliberaler Koalition, um eine partielle Rücknahme handeln, denn auf Beteiligung, ein zwielichtiges, d. h. zugleich verdächtiges wie notwendiges Verfahren, kann insbesondere sozialdemokratische Politik nicht verzichten.

Beteiligung baut Legitimationsdefizite ab und ist mit der Erwartung verknüpft, daß die Gewerkschaften bei den anstehenden Auseinandersetzungen um die sozialen Folgen von Technologieentwicklung und -anwendung sich in der Rolle einer gesellschaftlichen Ordnungsmacht bewähren. Daher entzündeten sich an der Einrichtung des „Technologiepolitischen Dialogs“ ebensolche Hoffnungen

wie an der „Konzertierten Aktion“ der Großen Koalition in den sechziger Jahren. Aber diese Hoffnungen erfüllten sich seinerzeit, wie die Septemberstreiks von 1969 und die Streikbewegung der siebziger Jahre zeigen, nur zum Teil.

Beim HdA-Programm, einem wichtigen Bereich dieser staatlichen Technologiepolitik, ist eine solche integrative Form der Beteiligung erwünscht, ja gesellschaftspolitisch notwendig. Gleichzeitig müssen aber all jene Folgen von Beteiligung kontrolliert und damit unterbunden werden, die ermöglichen, gewerkschaftliche Gegenmacht auszubauen und wahrzunehmen, indem auf die Einlösung der mit dem HdA-Programm geweckten gesellschaftspolitischen Erwartungen beharrt wird.

Auf diesem Hintergrund werden bereits gegenwärtig anlaufende Versuche plausibel, sowohl die Mitbestimmung von Gewerkschaften und Betriebsräten zu reduzieren als auch die Durchsetzung der von ihnen vertretenen Forschungsinhalte, die ohne Beteiligung der Sozialwissenschaften nicht zu verfolgen sind, zu erschweren. Es lassen sich folgende Tendenzen aufzeigen:

▷ In der Herauslösung des Förderprogramms Produktions- und Fertigungstechnik aus dem Projektträger-HdA im Sommer 1979 sahen die Gewerkschaften „eine Schwächung der HdA-Aktivität“ (Janzen 1979, S. 6). Zwar gelang es ihnen, ihre Beteiligung und die der Betriebsräte sowie die sozialwissenschaftliche Begleitforschung auch in diesem Techno-

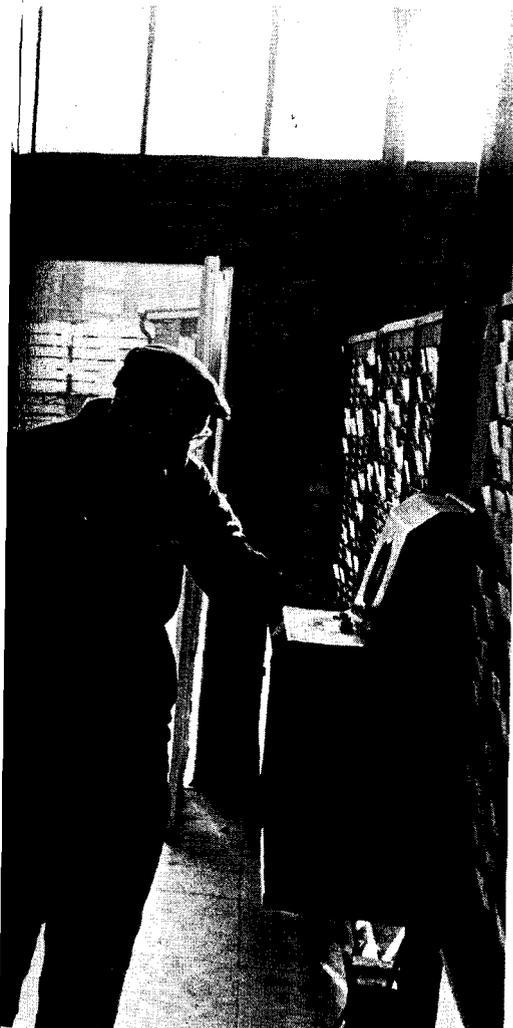


Foto: Jupp Darchinger

projektungebundenen Personalkostenzuschüssen für Forschungs- und Entwicklungspersonal in kleinen und mittleren Unternehmen, die der Bundesminister seit 1979 vergibt. Zur Umgehung des Förderprogramms Produktions- und Fertigungstechnik – und letztlich damit auch von HdA – wird ganz unverblümt aufgefördert: „Mancher Betrieb (...) sollte sich fragen, ob es nicht besser ist, sich anstelle eines fünfzigprozentigen Zuschusses aus dem BMFT-Programm Fertigungstechnik mit dem unproblematischen dreißigprozentigen Zuschuß aus der Personalkostenzulage zu begnügen“ (VDMA-Maschinenbau-Nachrichten 1980, S. 2).

▷ Geplant ist, Begleitforscher im Rahmen des HdA-Programms nicht mehr eigene Verträge mit dem BMFT abschließen zu lassen. Sie sollen nur noch Unteraufträge von den Betrieben erhalten, die dann anteilig zu 50 Prozent von diesen mitfinanziert werden müssen (Vgl. Pöhler 1981). Kritische Sozialwissenschaftler müssen daher mit erheblichen Widerständen rechnen, wenn sie sich an der Begleitforschung beteiligen wollen. Die Gewerkschaften sehen in dieser Absicht wohl zurecht die Gefahr, „daß Arbeitnehmerinter-

essen noch weniger als bisher zum Tragen kommen“ und dann in HdA-Projekten „noch mehr rationalisiert wird als bisher“ (Janzen 1981, S. 38).

Die dargelegten Zusammenhänge sollten zeigen, worum es sich bei der Organisationsveränderung des Projektträgers-HdA nicht bloß um ein betriebsinternes Problem, also nur um eine Büroveränderung ohne weitere Ausstrahlung handelt. Es ist mehr als zweifelhaft, ob dieser „Aufräumungsarbeit“ durch den neuen Leiter des Projektträgers-HdA „keine Änderung“ des Programms folgt (Furmaniak 1980).

Die aufgezeigten verschiedenen Tendenzen sprechen bereits eher für eine weitere Rücknahme der reformpolitischen Inhalte, denn für die von den Gewerkschaften geforderten Schritte nach vorn. Zu befürchten ist, daß sich dieser Trend aufgrund der finanzpolitischen Schwierigkeiten noch verstärkt. So wird bereits 1981 der Ansatz der mittelfristigen Finanzplanung von 134 Millionen DM deutlich unterschritten (BMFT 1978, S. 11). Es stehen für das HdA-Programm nur noch 111 Millionen DM zur Verfügung (Stockleben, 1981, S. 5). □

Literatur zum Thema

Ahrweiler G., R. Schellhase, Probleme der Durchsetzung arbeiterorientierter Wissenschaft im Forschungsprogramm Humanisierung des Arbeitslebens. Referat auf dem 20. Soziologentag, Bremen 1980.

Bergmann, J., Organisation und Finanzierung der industriesoziologischen Forschung in der Bundesrepublik, unv. Manuskript, Darmstadt 1980

Borst, W., Dezentralisiertes Management der Forschungsförderung: das System der Projektträger, in: Wirtschaft und Wissenschaft, Heft 1, 1976

Bruder, W., Probleme der Rezeption und Verarbeitung sozialwissenschaftlicher Informationen und ihre Funktion bei der Programmentwicklung in der Ministerialorganisation. Dargestellt am Beispiel des Aktionsprogramms Humanisierung des Arbeitslebens, unv. Manuskript, Konstanz 1975

Bruder, W., Sozialwissenschaften und Politikberatung, Opladen 1980

Bundesministerium für Forschung und Technologie, Forschungsbericht IV, Bonn 1972

Ders., Forschungsbericht V, Bonn 1975

Ders., Mitteilungen 11/1976

Ders., Leistungsplan Humanisierung des Arbeitslebens, Bonn 1978

Ders., Forschungsbericht VI, Bonn 1979

Ders., Programm Fertigungstechnik der Bundesregierung, Bonn 1980

Bundesverband der Deutschen Industrie, Jahresbericht 1979/80, Köln 1980

Büschges, G. (Hrsg.), Organisation und Herrschaft, Reinbek bei Hamburg 1976

Buse, J., Einführung in die politische Verwaltung, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1975

Der Arbeitgeber, Sozialforschungsprojekte, Fragwürdige Flut, 1979 Heft 19/31

French, W.L., Bell jr. C.H., Organisationsentwicklung, Bern, Stuttgart 1977

Funke, R., Zum Verhältnis von administrativen Organisationsreformen und materiellen Politikformen, in: Starnberger Studien 2. Sozialpolitik als soziale Kontrolle, Frankfurt 1978,

Furmaniak K., Keine Änderung – nur Aufräumungsarbeit, in: Westfälische Rundschau vom 31.5.1980

Hirsch, J., Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und politisches System, Frankfurt 1971

Informationen der Metallindustrie, Nr. 2, 1980

Janzen, K.-H., Noch wächst das Unbehagen, in: Der Gewerkschafter 1979, Heft 3

Ders., Alte Aufgaben mit neuen Problemen, in: Der Gewerkschafter 1980, Heft 5

Ders., Erfahrungen und Forderungen der IG Metall an die sozial-wissenschaftliche Forschung im Zusammenhang mit Humanisierungs- und Technologieprojekten, Referat auf dem HdA-Status-Seminar in Berlin am 4./5. Februar 1981

*Kador, F.J., Betriebspraxis – Probleme mit den Sozialwissenschaften, in: Der Arbeitgeber 1978, Heft 20/30

Marquardt, D., Forschungspolitische Willensbildung im politischen System der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1975

Mayntz, R., Einleitung, in: dies. (Hrsg.), Bürokratische Organisation, Köln, Berlin 1968

Mayntz, R., F. Scharpf (Hrsg.), Planungsorganisation. Die Diskussion um die Reform von Regierung und Verwaltung des Bundes, München 1973

Mayntz, R., Probleme der inneren Kontrolle der planenden Verwaltung, in: ebenda

Naschold, F., Interview, in: Der Gewerkschafter 1980, Heft 5

Perabo, Ch., Humanisierung der Arbeit. Ein Fall sozialdemokratischer Reformpolitik, Gießen 1979

Plenarprotokoll 8/217, Bonn 1980

Pöhler, W. (Hrsg.), ... damit die Arbeit menschlicher wird, Bonn 1979

Pöhler, W., Mit bescheidenen Mitteln weitreichende Wirkungen erzielt, in: Frankfurter Rundschau vom 1./2.9.1980

Pöhler, W., Erfahrungen in der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Arbeitnehmern, in: WSI Mitteilungen 1981, Heft 2

Projektträger-HdA, Jahresbericht 1976, Bonn 1977

Rölke, P., Sozialwissenschaften und soziale Praxis, in: L.F. Neumann (Hrsg.), Sozialforschung und soziale Demokratie, Bonn 1979

Schatz, H., Auf der Suche nach neuen Problemlösungsstrategien: Die Entwicklung der politischen Planung auf Bundesebene, in: R. Mayntz, F. Scharpf (Hrsg.), Planungsorganisation, a. a. O.

Schatz, H., Regierungs- und Verwaltungsreform im politisch-administrativen Spannungsfeld, in: Schriftenreihe des Vereins für Verwaltungsreform und Verwaltungsforschung e. V. (Hrsg.), Studien zur Reform von Regierung und Verwaltung Nr. 10, Teil I, Bonn 1978

Schmitz, K., R. Riehle, W.-D. Narr, C. Koch, U. Albrecht, Der Staat und die Steuerung der Wissenschaft, Göttingen 1976

Seboldt, Rechtsgrundlagen und Einzelfragen der Projektträgerschaft, Referat auf dem Seminar der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung am 15.2.1978

Stahle, W.H., Organisation und Führung sozio-technischer Systeme, Stuttgart 1973

Stellungnahme der ÖTV-Gruppe im Projektträger-HdA vom 4.6.1980

Stockleben, A., Interview, in: Sozialdemokratischer Pressedienst Wirtschaft vom 15. Januar 1981

Technologienachrichten 1974, Nr. 100

Van den Daele, W., P. Weingart, Die Anwendung der Sozialwissenschaften in der Politik: Faktoren der Resistenz und Rezeptivität der Wissenschaft, in: Strasser, H., K.D. Knorr (Hrsg.), Wissenschaftssteuerung, Frankfurt, New York 1976

VDMA-Maschinenbau-Nachrichten 1980, Nr. 2

logieprogramm zu verankern, wenn auch nur in abgeschwächter Form. So sollen die genannten Verfahren und Instrumente nicht durchgängig, wie beim HdA-Programm, eingesetzt werden, sondern nur bei technischen Vorhaben mit Bedeutung für die Arbeitsplätze (BMFT 1980). Damit ist die Absicht der Gewerkschaften, von vornherein Einfluß auf die Technologieentwicklung zu nehmen, unterbunden.

▷ Als eine Schwächung der Beteiligung ist auch das vom Vereinfachungsausschuß des BMFT vorgeschlagene Antragsverfahren zu bewerten: „Danach soll in der Regel bei Anträgen von Mittel- und Kleinbetrieben, die eine Zuwendungssumme unter 600 000 DM haben und bei dem sich das Unternehmen mit 50 Prozent an den Kosten beteiligt, auf eine Einschaltung der Gutachter verzichtet werden“ (VDMA-Maschinenbau-Nachrichten 1980, S. 6). Es ist nicht auszuschließen, daß diese Vorschriften zukünftig auch für das HdA-Programm gelten.

▷ Die Übertragung der im HdA-Programm praktizierten Verfahren und Instrumente auf das Produktions- und Fertigungstechnikprogramm hat die Kritik der Arbeitgeber- und Industrieverbände herausgefordert und zu der Empfehlung an die Mitgliedsfirmen provoziert, auf die staatlichen Fördermittel ganz zu verzichten (Vgl. ebenda, BDI 1979/80, S. 14, Informationen der Metallindustrie 1980). Gleichzeitig werden die Mitglieder auf eine staatliche Förderalternative hingewiesen: auf die Möglichkeit der Inanspruchnahme von